



OB Joachim Wolbergs ist bei den Bürgern sehr beliebt. Umso bestürzt sind die Reaktionen auf die Ermittlungen gegen ihn.

Foto: MZ-Archiv

Die Affäre Wolbergs

ERMITTLUNGEN Die Staatsanwaltschaft überprüft Spenden von 500 000 Euro an den SPD-Ortsverein des OB.

STELLUNGNAHME Die Stadt nennt Wolbergs' Amtsgeschäfte „einwandfrei“, er werde sie weiterführen.

VON MARION KOLLER, ERNST WALLER
UND CHRISTINE SCHRÖPF, MZ

REGENSBURG. Von Verblüffung bis hin zu nacktem Entsetzen reichen die Reaktionen auf den schwerwiegenden Verdacht gegen Regensburgs SPD-Oberbürgermeister Joachim Wolbergs: Die Staatsanwaltschaft Regensburg ermittelt gegen den bei den Bürgern der Domstadt äußerst beliebten Politiker wegen des Verdachts der Vorteilsannahme – im Volksmund Bestechlichkeit genannt. Laut Theo Ziegler, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Regensburg, sollen drei Immobilienunternehmen 500 000 Euro an den SPD-Ortsverein Regensburg Süd gespendet haben – dessen Vorsitzender Joachim Wolbergs ist. 69 Kriminalbeamte und sieben Staatsanwälte durchsuchten Dienst- und Privaträume des OB, zudem wurden die Firmen unter die Lupe genommen.

Ein Genosse meldete den Verdacht

Die Spendensumme sei in mehreren Teilbeträgen seit 2013 geflossen, erklärte die Staatsanwaltschaft. Es bestehe der Anfangsverdacht, dass diese Spenden nicht nur einer straflosen politischen „Landschaftspflege“ dienten, sondern der OB dazu veranlasst werden sollte, seinen Einfluss bei anstehenden Entscheidungen der Stadt über verschiedene Bauvorhaben im Sinne der Spender auszuüben. Die hohe Spendensumme sei vermutlich in Einzelbeträge unterhalb von 10 000 Euro aufgespalten worden, offenbar um die andernfalls vorgeschriebene Veröffentlichung des Spendernamens und der Höhe der Spende im Rechenschaftsbericht der Partei zu umgehen. Den Stein ins Rollen gebracht hatte der Schatzmeister des SPD-Landes-

vorstands, wie SPD-Generalsekretärin und Landtagsabgeordnete Natascha Kohnen gegenüber unserer Zeitung bestätigte. „Ich habe erfahren, dass der SPD-Landesschatzmeister Thomas Goger, der gleichzeitig Staatsanwalt ist, den Sachverhalt auf dem Dienstweg weitergegeben hat. Als Staatsanwalt hat er sich rechtlich dazu verpflichtet gesehen, einen möglichen Verstoß nicht für sich zu behalten.“

Regensburgs Rechtsreferent Dr. Wolfgang Schörnig nahm in einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz Stellung zu den Ermittlungen. Er erklärte, der Oberbürgermeister wünsche sich ein zügiges und transparentes Verfahren. Der OB habe ein „reines Gewissen“, erklärte Schörnig. Seine Amtsgeschäfte seien völlig einwandfrei und korrekt abgelaufen, Wolbergs werde sie weiterführen wie bisher.

Joachim Wolbergs war für unsere Zeitung bis Redaktionsschluss für eine Stellungnahme nicht erreichbar, weder an seinem Dienstsitz noch über sein Privathandy. Gegenüber dem BR hat er allerdings alle Vorwürfe im Zusammenhang mit illegalen Parteispenden zurückgewiesen. Nach dem Ende einer nicht-öffentlichen Sitzung des Bauausschusses sagte er wörtlich: „Der Oberbürgermeister ist

nicht käuflich. Und es hat auch noch nie jemand versucht, den Oberbürgermeister zu kaufen.“ Wolbergs ergänzte, er werde die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach Kräften unterstützen.

Eine fünfstellige Summe vom IZ

Das Immobilienzentrum hat die Spenden an den SPD-Ortsverein unserer Zeitung gegenüber eingeräumt. Wolfgang Herzog, Vorstandssprecher des Immobilienzentrums Regensburg (IZ), hatte den Anruf bereits erwartet. „Ja, wir haben auch gespendet“, sagte er sofort. „Eine relativ unbedeutende Summe im Verhältnis zu unserem Umsatzvolumen.“

Über einen Zeitraum von drei Jahren sei ein fünfstelliger Betrag geflossen. Es sei hanebüchen, einen Zusammenhang zwischen den Spenden und Entscheidungen herzustellen: „Alle Grundstücksgeschäfte der Stadt, Baugenehmigungen und Entscheidungen über Bebauungspläne fallen im Grundstücks- und Planungsausschuss sowie im Stadtrat als Gremienentscheidungen.“ Ein Mitarbeiter erstelle derzeit eine Liste aller Spenden, ergänzte der Vorstandssprecher.

Angebliche Mausechelen bei der Vergabe von Grundstücken haben in Regensburg schon einmal für erheblichen Wirbel gesorgt. Im Herbst 2014 hatte die CSU-Stadtratsfraktion moniert, dass es bei der Vergabe eines Areals auf dem Gelände der früheren Nibelungenkaserne nicht mit rechten Dingen zugegangen und ein Bauträger bevorzugt worden sei. Die Vorwürfe gipfelten in einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen OB Wolbergs. Die Regierung der Oberpfalz stellte bei der Überprüfung aber keine Verstöße fest.

BEI UNS IM NETZ

Sehen Sie mehr!



Bilder, Videos und Hintergründe zum Thema finden Sie bei uns im Internet:

► www.mittelbayerische.de/regensburg

Diskutieren Sie mit!



Die Ermittlungen gegen Joachim Wolbergs bewegen das Internet:

► www.mittelbayerische.de/facebook

DER JURISTISCHE HINTERGRUND

► **Vorteilsannahme:** Der Straftatbestand ist geregelt im § 331 Strafgesetzbuch. Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter macht sich strafbar, wenn er für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder Dritte fordert, sich versprechen lässt oder annimmt. Das Vergehen wird mit einer Geld- oder einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet.

► **Vorteilsgewährung:** Der Straftatbestand ist geregelt im § 333 Strafgesetzbuch. Ein Amtsträger oder ein im öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter macht sich strafbar, wenn er einen Vorteil für diesen oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt. Das Vergehen wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet.